

Themen in dieser Ausgabe:

- Steuer gegen Armut... !
- Montagsdemonstration... !
- Hungerlöhne ...!
- aktuelle Meldungen ...!
- Elitedünkel ...!
- Währungskriege ...!
- Atomkraft ...!

IN DIESER AUSGABE:

Kampagnenbündnis "Steuer gegen Armut"	2
Bundesweite Montagsdemonstration in Berlin!	2
Ein weiteres Tor zu Hungerlöhnen wird geöffnet!	2
News und aktuelle Meldungen im Monat Oktober!	2
Neofeudaler Elitedünkel	3
Währungskriege: ein weiterer Schritt im kapitalistischen Zusammenbruch	3
Atomkraft teurer als Solarenergie	3
Rheinfelder Montagsdemo Aktuell	4

Rente mit 67 ist ein Irrweg

Für die Politik ist die Rente mit 67 längst beschlossene Sache – eigentlich. Wäre da nicht die vom Gesetzgeber eingebaute automatische Wiedervorlage. Ohne das Zugeständnis wäre 2007 die Rente ab 67 kaum durchsetzbar gewesen. Heute droht sich genau das als simpler Trick zu entpuppen. Weder die wirtschaftliche und soziale Lage noch die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer haben sich nachhaltig verbessert. Kein Wunder, dass eine überwältigende Mehrheit der Menschen diesen rentenpolitischen Schritt ablehnt. Die Regierung Merkel aber bleibt stur. Doch es gibt Missklänge im Regierungschor. Mit der Spürnase für Stimmungen hat Ministerpräsident Horst Seehofer erkannt, dass eine solche Basta-Politik nicht durchzuhalten ist. Aber sein Appell an die Arbeitgeber, mehr für ältere Arbeitnehmer zu tun, wirkt geradezu naiv. Warum nehmen die Regierenden die Realität nicht zur Kenntnis, dafür aber den Unmut einer wachsenden Zahl in der Bevölkerung in Kauf? Bei der Rente ab 67 geht es nicht nur um den Zeitpunkt des Ruhestands. Sie ist Symbol eines ordnungspolitischen Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik, der von der Schröder-Regierung eingeleitet und von der großen Koalition weiter vorangetrieben wurde. Renten, die nicht mehr als das Existenzminimum sichern, sind kein Anlass



mehr, gegenzusteuern, sondern einkalkulierte Folge staatlicher Rentenpolitik. Renten, die vorne und hinten nicht reichen, sollen der Anreiz für die nachwachsenden Generationen sein, beträchtliche Anteile ihres Einkommens der Finanz- und Versicherungswirtschaft zur Altersvorsorge zu überlassen. Nicht zufällig gingen die Kürzungen der gesetzlichen Rente und die staatliche Förderung der privaten Versicherungsunternehmen Hand in Hand. Mit milliardenschweren Subventionen soll der bröckelnden öffentlichen eine private Säule zur Seite gestellt werden. Spätestens nach der großen Finanzmarktkrise steht diese Politik vor einem Scherbenhaufen. Die kapitalgedeckten Systeme weisen durchweg eine miserable Performance auf. Viele können ihre Renditezusagen nicht einlösen, es drohen erhebliche Versorgungslücken im Alter. Nicht nur in Deutschland. Angesichts dieser Bilanz steht mehr als ein Abschied von der Rente ab 67 an. Es geht um einen Richtungswechsel in der Rentenpolitik. Notwendig wäre der Abschied von der Illusion, der

Sozialstaat könne sich in Sachen Alterssicherung aus seiner Verantwortung stehlen. Viele junge Menschen sorgen sich um ihr Einkommen im Alter. Sie erwarten von den politischen Eliten ein Konzept für eine soziale und sichere Altersversorgung. Gerade die Generation Prekär muss den wohlfeilen Verweis auf Eigenverantwortung und das Festhalten an einem Renteneintrittsalter, das kaum erreichbar ist, als Ignoranz gegenüber der sozialen Wirklichkeit empfinden.

Quelle: FR

Anmerkung:

Es ist unverständlich, dass die Gewerkschaften angesichts des französischen Protests gegen die Rente mit 67, darum geht es nämlich, diesen nicht aufgreifen und parallel zu den Franzosen diese Zumutung auch hierzulande nicht stärker, d.h. öffentlichkeitswirksam, problematisieren.



Kampagnenbündnis "Steuer gegen Armut"



Seit einem Jahr setzt sich das Kampagnenbündnis "Steuer gegen Armut" für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer ein – mit großem Erfolg, wie die Kampagnenträger anlässlich des Jahrestages feststellten. "Als wir begannen, war die Finanztransaktionssteuer immer noch ein Außenseiterthema in den Parlamenten und politischen Gremien. Jetzt, ein Jahr später, fordern bis auf die FDP alle im Bundestag vertretenen Parteien ihre Einführung, und die Bundesregierung setzt sich in

internationalen Gremien für sie ein", sagte Jörg Alt, Initiator und Moderator der Kampagne. "An dieser Entwicklung hat unsere Kampagne einen wesentlichen Anteil." Die Kampagne begann am 17. Oktober 2009 mit einem Offenen Brief an die neu gewählte Bundesregierung, unterstützt von 32 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Inzwischen gehören dem Bündnis 64 Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, Banken und wissenschaftliche Institutionen an. Mehr als 65.000 Bürgerinnen

und Bürger unterstützten im Dezember 2009 eine Online-Petition des Bündnisses an den Bundestag. "Unsere Kampagne zeigt, dass es möglich ist, Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren und selbst für komplizierte Themen zu interessieren. Einmischen lohnt sich", sagte Jörg Alt. Die Höhe der Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer würde zwischen 15 und 20 Milliarden Euro für Deutschland, 90 Milliarden für Europa und mehr 100 Milliarden Euro weltweit betragen. Quelle: attac

Bundesweite Montagsdemonstration in Berlin!



Am Samstag, den 16.10.2010 nahmen Irene, Fritz und Volker an der Bundesweiten Montagsdemonstration in Berlin teil. Nach einer ansengenden aber gut organisierten Busfahrt kamen wir in Berlin an. Bei der Auftakt-Kundgebung stellten sich viele der bundesweit stattfindenden Montagsdemonstrationen am Offenen Mikrofon vor.

Der Demonstrationzug bestand aus den einzelnen Delegationen der Montagsdemo's und einzelnen Personen, Verbänden, Frauenverband Courage, Parteien, Gewerkschaften und vielen anderen. Der Jugendverband Rebell begleitete den Demozug mit trommeln. Viele der Delegationen hatten ein offenes Mikrofon dabei,

von denen Parolen gerufen werden konnten, aber jeder konnte dort auch sein Meinung kundtun. Der Abschluss bildete eine Kundgebung auf den Alexanderplatz. Die Veranstalter zählten 7000 Teilnehmer. Nach einem anstrengenden aber erlebnisreichen Tag ging es zurück nach Rheinfelden. Ein Bericht von Volker

Ein weiteres Tor zu Hungerlöhnen wird geöffnet

Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Hartz IV:

Schwarz-Gelb zeigt deutlich, welche Gesellschaft sie haben will und sie weder eine menschenwürdige Existenzsicherung haben will, noch das Menschen gutes Geld verdienen. Das Erwerbslosen Forum Deutschland wirft der schwarz-gelben Koalition vor, dass deren Einigung, die Zuverdienstmöglichkeiten bei Hartz IV zu erhöhen, ein erneuter Schlag in das Gesicht von Erwerbslosen ist. Die meisten Aufstocker hätten nichts davon und nur ein kleiner Teil

der Hartz IV-Bezieher mit einem Einkommen zwischen 800 bis 1.000 Euro, hätten gerade 20 Euro mehr im Monat. Dafür würden Einkommen von über 1000 Euro voller Höhe abgezogen. Bisher galt bis 1200 Euro ein Freibetrag von zehn Prozent. Damit würde ein weiteres Tor zu Hungerlöhnen geöffnet.

Dazu Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland:

„ Schwarz-Gelb zeigt deutlich, welche Gesellschaft sie haben will und sie weder eine menschenwürdige Existenzsicherung haben will, noch das Men-

schen gutes Geld verdienen. Union und FDP führen Hartz IV-Bezieher regelrecht vor, indem sie diese mit Unverschämtheiten verhöhnt. Zuerst wurde solange getrickt bis endlich der gewollte Betrag von nur fünf Euro Hartz IV-Erhöhung raus kam und nun das großzügige Geschenk von 20 Euro Hinzuverdienstfreibetrag, wovon kaum jemand etwas hat. Dafür ist in beiden Fällen das Existenzminimum nach unten abgesenkt worden und die Tore für Hungerlöhne weit geöffnet worden.



News und aktuelle Meldungen im Monat Oktober?



- Zweifel an korrekter Hartz-IV-Berechnung
- Hartz-IV-Reform: Grundsicherung aus der Dunkelkammer
- Verschlafen Gewerkschaften den Aufschwung?
- Atomgegner demonstrieren an den Castor-Strecken
- Monitor erhebt schwere Vorwürfe gegen Ministerpräsident Mappus

- Griechenland: Zustände wie im III. Reich
- Große Baustelle, gute Geschäfte? Wer profitiert wirklich von Milliarden-Bau "Stuttgart21"?
- Wikileaks: Irak-Enthüllungen, 400.000 geheime Dokumente
- Massenproteste in Frankreich: Sarkozy stellt sich gegen sein Volk
- Kaum Widerstand gegen

Sparkurs: Großbritanniens Arme saufen ab

- Jobrotation statt Jobwunder?
- Vermögensteuer jetzt! Initiative gestartet
- Geschönte Unternehmensberichte: Forscher entlarven Lügenmuster von Managern

Das ist ein winziger Bruchteil vom Oktober!

Neofeudaler Elitedünkel

Brauchen Arbeitslose nur den richtigen Anreiz, um arbeiten zu gehen? Dieser Glaube beruht auf einem zutiefst antiaufklärerischen Menschenbild. Wenn wie jetzt über die Höhe der Unterstützung für erwerbslose Menschen gestritten wird, hat sich seit der von Gerhard Schröder verkündeten "Agenda 2010" ein Glaubensdogma etabliert: Arbeitslose brauchten Anreize, so heißt es, damit sie

wieder eine Arbeit annehmen. Dieses Glaubensdogma geht davon aus, dass Arbeitsplätze im Prinzip angeblich genügend vorhanden wären, das eigentliche Problem sei vielmehr die Lustlosigkeit der Arbeitssuchenden. Von sich her aus habe der Mensch, so die Unterstellung, auf gar nichts Lust – außer reigungslos auf dem Sofa zu liegen. Erst wenn ein finanziell messbarer Anreiz vorliege, würden Gehirnzellen und Gliedmaßen in Bewegung gesetzt.

Das Menschenbild, das hinter diesem Glaubensdogma steckt, ist mit dem emanzipatorischen Teil unserer europäischen Werte absolut unvereinbar: Gemeint sind die Würde des Menschen, die Freiheit der Person und Werte wie Verantwortung, Selbstverwirklichung, Mündigkeit und demokratische Gemeinschaft. Nichts von alledem ist denkbar, wenn man den Menschen auf einen rein mechanischen Reiz-Reaktions-Organismus reduziert. Quelle: taz



So sehen sie aus die Neofeudalen!
Warum wählen wir solche angeblichen Vertreter des Volkes!
Was sie vertreten sollte mit „Stuttgart 21“ jedem klar geworden sein.

Währungskriege: ein weiterer Schritt im kapitalistischen Zusammenbruch

Am 10.10.2010 ging in Washington die Halbjahrestagung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank zu Ende. Sie war von dem schwersten Zusammenbruch globaler wirtschaftlicher Beziehungen seit der großen Depression der 1930er Jahre überschattet, als es zu Handelskrieg und konkurrierenden Abwertungen kam.

Die Volkswirtschaften der Großmächte stagnieren weiter, und das Risiko neuer globaler Finanzprobleme wächst. Mit den USA an der Spitze führen die Großmächte einen offenen Handelskrieg gegen China. Sie fordern, dass der chinesische Yuan deutlich steigen

müsse.

Die desolote globale Wirtschaftslage und der Rückfall in Konflikte, wie es sie seit den 1930er Jahren nicht mehr gab, unterstreichen die Tatsache, dass der Zusammenbruch der Lehman Brothers im September 2008 nicht etwa der Beginn eines konjunkturellen Abschwungs war, dem wieder ein Aufschwung folgen sollte. Vielmehr begann damit ein Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftssystems, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden war.

Schon eine Tatsache weist auf das Ausmaß und die Tiefe dieses Prozesses hin: So genannte liberale Wirtschafts-

kommentatoren fordern Handelskriegs- und Währungskriegsmaßnahmen. In der großen Depression war die Verabschiedung des Smoot-Hawley-Gesetzes im Juni 1930 durch den US-Kongress, das diverse Zollbarrieren errichtete, unter liberalen Ökonomen verpönt. Es wurde als eine wichtige Ursache für die Abwärtsspirale im Welthandel von 1929 bis 1932 und der Spaltung der Welt in feindliche Handelsblöcke gesehen, das schließlich zum Zweiten Weltkrieg führte.

Quelle: linkezeitung.de



Atomkraft teurer als Solarenergie



Trotz der künftig höheren Umlage durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist Ökostrom immer noch günstig. Denn die Subventionen für Atom und Kohle sind größer. Atomkraft hat in den letzten 60 Jahren 204 Milliarden Euro staatlichen Subventionen erhalten. Das sind 3,4 Milliarden pro Jahr oder gut 3 Euro je Monat pro Kopf. Wie das Forum

Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in einer aktuellen Studie ermittelte, zahlt damit ein Vier-Personen-Haushalt für Atomstrom mehr als für die Erneuerbaren Energien, hinzu kommen die Subventionen für Braun- und Steinkohle. Das FÖS listete Finanzhilfen des Bundes auf wie Forschungsförderung, Steuervergünstigungen in der Energiebesteuerung oder bei der sogenannten

Entsorgungsrückstellung. Die Konzernen müssen Geld ansparen, um die Sanierung stillgelegter Atomkraftwerke bewerkstelligen zu können – steuerfrei. Selbst wenn es nicht zu der von der schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Laufzeitverlängerung kommt, zahlen wir in den kommenden Jahren weitere 100 Milliarden Euro zur Subventionierung der Atomkraft. Quelle: TAZ



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)
- **Attac Lörrach** lädt am Sonntag, den 21.11.2010 ins Nelly Nashorn ein: **Bernd Senf referiert über: „Tiefere Ursachen der Weltfinanzkrise und Notwendige Konsequenzen“**, von 10.00 bis ca. 13.00 Uhr, Tumringer Straße 248, großer Sitzungsraum.

Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE

Rheinfelder Montagsdemo in Aktion

Stuttgart 21 ist ein wichtiges Thema auf unseren Montagsdemos. Georg und Manfred berichten als Protestierende bei den Stuttgarter Demos uns beeindruckend von den Protesten vor Ort. Unsere un-



Stuttgart 21 ist überall!

ingeschränkte Solidarität gilt den Demonstrationen in Stuttgart. Zu jeder Montagsdemo wird ein Schwabenstreich durchgeführt. Rente



mit 67, Gesundheitsreform, Hartz IV Regelsätze, Integration, Bildung und der Reigen lässt sich beliebig fortsetzen über Umwelt, Atomkraft u.s.w., an Themen gibt es auf unseren Montagsdemos keinen Mangel. Wir machen den Unmut der Menschen in diesem Lande öffentlich. Das offene Mikrofon hilft uns dabei. So bleiben bei jeder Montagsdemo die Menschen stehen und hören was wir zu sagen haben und nicht

zustimmend.



Ein neues erschreckendes Thema ist die Forderung der Wirtschaft nach längeren Arbeitszeiten. Die Wirtschaft begründet dies mit fehlenden Fachkräften. Was für eine dreiste Lüge! Millionen Arbeitslose, vor allem gut ausgebildete ältere Arbeitskräfte dürfen jetzt den Haushalt führen! Unserer Jugend wurde die Ausbildung zu Fachkräften verwehrt und jetzt

heult man scheinheilig! Viele Absolventen unserer Unis durften für ein „Appel und Ei“ ein Praktika nach dem anderen machen oder Taxi fahren! Und dann kommt noch arbeiten bis zum umfallen, Rente mit 67, was für



ein Hohn. Darum schließen wir uns der Aufforderung der Gewerkschaften an und fahren am 13.11.2010 zur Großdemo nach Stuttgart.